Stand: 30.04.2024 05:45:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25386

"Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25386 vom 30.11.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 01.12.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/25756 des SO vom 08.12.2022
4. Beschluss des Plenums 18/26304 vom 02.02.2023
5. Plenarprotokoll Nr. 134 vom 02.02.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 30.11.2022 **Drucksache 18/25386**

# Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

**Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

   Kinder- und Jugendpsychiater beobachten mit Sorge, dass immer häufiger Kinder und Jugendliche angeben, sich mit ihrem angeborenen Geschlecht nicht identifizieren zu können und unter dieser Geschlechtsinkongruenz zu leiden (sogenannte Geschlechtsdysphorie). Als Folge steigt seit Jahren erheblich die Zahl junger Menschen, darunter auch von Kindern unter 14 Jahren, die mit sogenannten Pubertätsblockern bzw. gegengeschlechtlichen Hormonen behandelt werden. Insbesondere die physischen und psychischen Nebenwirkungen und Folgen der Therapie mit Pubertätsblockern sind unzureichend erforscht. Studienergebnisse weisen auf irreversible Schäden bei den behandelten Kindern hin. Üblicherweise söhnen sich geschlechtsdysphorische Kinder nach der Pubertät mit ihrem Geburtsgeschlecht aus, d. h. eine Geschlechtsdysphorie ist in den allermeisten Fällen ein passageres Phänomen. Entgegen dieser Erfahrung entscheiden sich nahezu alle Kinder und Jugendlichen, die mit Pubertätsblockern therapiert werden, konsekutiv für die Einnahme gegengeschlechtlicher Hormone, also für einen „Geschlechtswechsel“.

   Der Landtag stellt daher fest, dass hier der begründete Verdacht besteht, dass Geschlechtsdysphorien, die die Betroffenen im natürlichen Verlauf überwunden hätten, iatrogen forciert werden. Dies ist problematisch, denn persistiert der Transitionswunsch, folgen in der Regel bei einem jungen gesunden Menschen eine lebenslange Hormonsubstitution und geschlechtsangleichende Operationen mit gravierenden Folgen für den Körper, wie z. B. bleibende Infertilität.

   Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Gabe von Pubertätsblockern, gegengeschlechtlichen Hormonen und vergleichbaren Präparaten bei einem nicht einwilligungsfähigen Kind daher erhebliche ethische Probleme aufwirft und dementsprechend nicht vertretbar ist. Entgegen der ärztlichen Empfehlung, einschneidende Eingriffe wie irreversible geschlechtsangleichende Operationen erst bei volljährigen Patienten durchzuführen, kommt es immer wieder vor, dass gesunden jungen Mädchen mit Geschlechtsdysphorie nicht nur die Brüste amputiert, sondern ebenfalls Gebärmutter und Eierstöcke entfernt werden. Hier ist es die Aufgabe des Gesetzgebers, das Kindeswohl zu schützen und derartige Eingriffe mit fragwürdiger medizinischer Indikation bei Minderjährigen zu untersagen.

2. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

   1. sich auf allen Ebenen für einen Gesetzentwurf einzusetzen, der die Behandlung von nicht einwilligungsfähigen Kindern mit Pubertätsblockern, gegengeschlechtlichen Hormonen und vergleichbaren Medikamenten unterbindet und damit verbunden geschlechtsangleichende chirurgische Eingriffe an Minderjährigen untersagt,

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

2. eine Studie zu initiieren, die die Folgen der Behandlungen von Kindern und Jugendlichen mit Pubertätsblockern, gegengeschlechtlichen Hormonen und vergleichbaren Medikamenten umfassend untersucht, die psychischen, physischen und sozialen Folgen von „Geschlechtsumwandlungen“ für die Betroffenen, insbesondere das Suizidrisiko geschlechtsdysphorischer Patienten bzw. von Personen mit Transidentität, eruiert und dabei insbesondere den Anteil derjenigen Personen erhebt, die nach einigen Jahren wieder in ihrem biologischen Geschlecht leben (Detransitioners),
3. durch Landesmittel geförderte Projekte, wie z. B. „Queeres Netzwerk Bayern“, dahingehend zu überprüfen, inwieweit diese Projekte den von Kinder- und Jugendpsychiatern beobachteten „Transhype“ und das Phänomen „Rapid Onset Gender Dysphoria“ (ROGD) befördern, die Entwicklung junger Menschen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten beeinträchtigen und so den Intentionen des Kinder- und Jugendmedienschutzes (§ 10a Jugendschutzgesetz (JuSchG)) widersprechen könnten,
4. dafür Sorge zu tragen, dass die Inhalte aller von der Landesregierung geförderten Medien und Projekte zur Geschlechtsdysphorie bzw. Transgeschlechtlichkeit die wissenschaftlichen Erkenntnisse und therapeutischen Positionen hierzu sachlich darstellen.

**Begründung:**

Psychiater berichten zunehmend von „Geschlechtsdysphorien“ bei Kindern und Jugendlichen. Als „geschlechtsdysphorisch“ werden Kinder bezeichnet, die sich mit ihrem angeborenen biologischen Geschlecht nicht identifizieren können und unter dieser Körper-Geschlechtsinkongruenz leiden. Während diese Diagnose noch vor wenigen Jahren sehr selten war, sind die Fälle in den letzten 10 bis 20 Jahren dramatisch gestiegen. So berichten einschlägige Spezialambulanzen in Deutschland über eine Verfünffachung geschlechtsdysphorischer Patienten im Zeitraum 2013 bis 2018. Infolgedessen werden zunehmend Kinder vor der Pubertät medikamentös mit sog. Pubertätsblockern behandelt. Das sind Gonadotropin-Releasing-Hormon-Analoga, die auf die Hypophyse einwirken und die Bildung von Geschlechtshormonen in den Keimdrüsen unterdrücken. Während diese Präparate normalerweise in der Onkologie eingesetzt werden, finden sie zunehmend bei geschlechtsdysphorischen Kindern Anwendung, um die Pubertät hinauszuzögern.

Zur Häufigkeit dieser Hormonbehandlungen fehlen offizielle Statistiken. Dies ist zu bemängeln, zumal Risiken und Nebenwirkungen dieser Behandlungen für die physische und psychische Gesundheit bekannt sind und kontrovers diskutiert werden. Beispielsweise werden neben einem persistierenden verminderten Intelligenzquotienten mit Verschlechterung des Arbeitsgedächtnisses auch eine dauerhafte Einschränkung der sexuellen Erlebnisfähigkeit sowie Störungen der Knochenmatrix diskutiert. Ethisch problematisch gestaltet sich die Therapie mit Pubertätsblockern, weil sich die behandelten Kinder fast immer für eine anschließende gegengeschlechtliche Hormontherapie entscheiden, deren Folgen, insbesondere der Verlust der Fertilität, irreversibel sind. Damit nimmt diese wohlgemeinte Herauszögerung der Pubertät den betroffenen Kindern die Chance, ihre Geschlechtsdysphorie auf natürlichem Weg durch die Pubertät zu überwinden.

Die empfundene Geschlechtsinkongruenz in der Adoleszenz ist nach Erfahrung von Psychiatern in den allermeisten Fällen ein passageres Phänomen: Je nach Studie persistiert eine Geschlechtsdysphorie nur in 25 bis 2 Prozent der Fälle. Eine häufige natürliche Entwicklung der Geschlechtsinkongruenz bzw. -dysphorie ist der Übergang in eine Homosexualität, die durch frühzeitige Hormonbehandlungen, iatrogen, also durch ärztliche Maßnahmen, verhindert wird.

Aufgrund des Mangels offizieller Statistiken lässt sich leider nicht beziffern, wie oft auf diese Hormonbehandlungen geschlechtsangleichende Operationen folgen. Dass die Zahl dieser Operationen dramatisch angestiegen ist, zeigen die Statistiken der Kran-

kenhäuser, die nach dem Diagnosis Related Groups (DRG)-Vergütungssystem abrechnen. Demnach ist die Zahl der Geschlechtsumwandlungen insgesamt zwischen 2005 und 2018 um mehr als das Fünfzehnfache gestiegen, dabei auch die Zahl der Operationen an 15- bis 20-jährigen Jugendlichen um das Fünfzehnfache. Es werden also immer mehr Operationen schon an Minderjährigen vorgenommen. Noch dramatischer ist die Entwicklung bei den 20- bis 25-Jährigen: Hier ist die Zahl dieser Operationen sogar um das Fünfzigfache gestiegen. Es ist evident, dass sehr viele dieser 20- bis 25-Jährigen bereits im Kindesalter oder jedenfalls als Minderjährige mit Hormonen behandelt worden sind.

Der sich in diesen Zahlen manifestierende Trend einer dramatischen Zunahme von Störungen der Geschlechtsidentität wird nicht nur in Deutschland, sondern international beobachtet. Die Ursachen dieser Entwicklung und die Gründe für den auffallend hohen Anteil von Mädchen an geschlechtsdysphorischen Jugendlichen sind bisher nicht hinreichend erforscht. Sie „bedürfen dringend weiterer Klärung“, wie der Deutsche Ethikrat feststellt. Therapeutische Erfahrungen von Psychiatern deuten darauf hin, dass „Transidentität“ zunehmend als Selbstdiagnose von Menschen in Lebenskrisen gewählt wird. Wie die Deutsche Gesellschaft für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft beobachtet, sind viele Patienten der „irrigen Auffassung“, dass körperverändernde Maßnahmen ein „Wundermittel“ für ihre Lebensprobleme darstellten. Deswegen müssten zunächst Psychotherapien das Mittel der Wahl sein.

Diese psychotherapeutische Herangehensweise stützt sich auf einschlägige Erfahrungen in der Behandlung von jungen Menschen bzw. Kindern mit Störungen der geschlechtlichen Identitätsentwicklung. Die Zahl junger Menschen, die sich für „Transgender“ halten, ist nach der Beobachtung von Psychiatern „beunruhigend groß“ geworden, vor allem unter Mädchen. Darunter sind auch Betroffene, bei denen eine dauerhafte, bis ins Erwachsenenalter verbleibende Transsexualität vorliege. Bei einem Großteil der Kinder erscheint es aber zweifelhaft, ob tatsächlich eine transsexuelle Entwicklung vorliege. Fraglich ist dies insbesondere bei Jugendlichen, die sich in ihrer Kindheit nicht geschlechtsatypisch verhalten haben. Den auffallend hohen Anteil von Mädchen an ihren Patienten führen Jugendpsychiater darauf zurück, dass Mädchen in der Pubertät stärker unter den Veränderungen ihres Körpers leiden. Dies habe mit Rollenerwartungen und Schönheits- und Schlankheitsidealen zu tun, denen sie sich häufig nicht gewachsen fühlten.

Medial ist das Thema „Transsexualität“ unvergleichlich präsenter als noch vor wenigen Jahren. In Sendungen wie „Transgender – mein Weg in den richtigen Körper“ (RTL2) werden Transitionen als weitgehend problemlos und erfolgreich machbar dargestellt. Selbst bei „Germany’s Next Topmodel“ wirkten bereits Transmädchen mit. Noch wichtiger als Sendungen im Fernsehen oder Rundfunk ist die Sichtbarkeit des Transgender-Themas im Internet, insbesondere auf YouTube und Instagram. Es gibt eine Reihe von Transjungen, die hier als Influencer fungieren. Sie bieten mit Transgender eine neue Identitätsschablone, die gerade in der Selbstfindungsphase der Pubertät Jugendlichen attraktiv erscheint. Denn die Selbstkategorisierung als „trans“ bietet für Jugendliche die Chance, ihren jeweiligen, individuell verschiedenen Leiden in einer neuen und zunehmend akzeptierten Form Ausdruck zu verleihen. Sachverständige sehen Nachahmungseffekte in Peer groups, die zu auffälligen Häufungen von selbstdiagnostizierten „Transidentitäten“ an bestimmten Orten führten. International wird dieses Phänomen unter dem Begriff „Rapid Onset Gender Dysphoria“ diskutiert.

In Großbritannien ist die Zahl der Minderjährigen, die sich einer „Transgender“-Behandlung unterzogen, zwischen 2009 und 2018 von rund 100 auf 2 500 Fälle, also um das 25-fache, angestiegen. Die britische Ministerin für Frauen und Gleichberechtigung, Penny Mordaunt, hatte deshalb 2018 gefordert, dass die Ursachen für die auffallende Zunahme der Fälle von Jugendlichen mit „Geschlechtsdysphorie“ untersucht werden müssten. Im April 2019 kündigten am Tavistock Centre in London, einer Spezialklinik für Geschlechtsidentitätsstörungen, eine Reihe von Mitarbeitern. Sie sahen in der wechselaffirmativen Behandlungspraxis ihrer Klinik eine Gefahr für die Minderjährigen und lehnten dies ab. Im Spätherbst 2020 gab der High Court einer Klage der 23-jährigen Keira Bell gegen die Londoner Tavistock-Klinik recht. Keira Bell warf der Klinik vor, dass die Medikamente zur Geschlechtsumwandlung ihren Körper irreparabel geschädigt hätten. Zwar habe sie die Entscheidung selbst getroffen, die Risiken als Teenager aber

nicht einschätzen können. Die Richter stimmten der Einschätzung zu, dass von einem Kind in der Pubertät in dieser Angelegenheit keine sachgerechte Einwilligungserklärung zu erwarten sei. Mit diesem Urteil ist nun die Zustimmung eines Gerichts für geschlechtsverändernde Behandlungen notwendig. Der britische High Court folgt damit der Einschätzung von Jugendpsychiatern, dass Minderjährige hinsichtlich der Tragweite und geschlechtsumwandelnder Behandlungen und Eingriffe nicht als autonom einwilligungsfähig eingeschätzt werden können.

Wie Keira Bell berichtet, fragte am Tavistock-Centre niemand nach ihren psychischen Problemen und den Gründen dafür, warum sie keine Frau mehr sein wollte. Auch nach Berichten von früheren Mitarbeitern der Klinik zielt der dort verfolgte „wechselaffirmative“ Behandlungsansatz darauf ab, rasch zu Hormonbehandlungen und ggf. chirurgischen Eingriffe überzugehen. Es sei schwierig, psychische Probleme der Minderjährigen zu ergründen und Psychotherapien zu empfehlen, weil dies als „transphob“ verstanden werde. Auch in Deutschland wird versucht, Kritiker des „wechselaffirmativen“ Behandlungsansatzes als „transphob“ zu diskreditieren. Zwar werden mittlerweile in den Medien die Schicksale sog. „Regretters“ oder „Detransitioners“ nicht mehr ignoriert, sondern einzelne Fälle thematisiert. Es kommen junge Frauen zu Wort, die sich durch Medikation und Geschlechtsoperationen zum „Transmann“ regelrecht verstümmelt fühlen. Von Verteidigern der „wechselaffirmativen“, also auf Transition ausgerichteten, Behandlungspraxis werden diese Stimmen als „Einzelfälle“ bagatellisiert. Gelungene Transitionen, mit denen die Betroffenen glücklich sind, werden als Regelfall dargestellt. Selbst wenn dies so sein sollte, müssten junge Menschen mit dem Wunsch nach „Transition“ über die Risiken angemessen aufgeklärt werden. Auch verdienen die „Regretters“ ebenso Aufmerksamkeit und Hilfe wie andere Menschen mit Geschlechtsdysphorie. Zudem fehlt es an belastbaren Daten, insbesondere aus Langzeitstudien, zum Schicksal Betroffener nach ihrer Transition.

Obwohl gesicherte Erkenntnisse zu Transitionen fehlen, forderten bereits in der letzten Legislaturperiode auf Bundesebene Gesetzentwürfe der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur „Selbstbestimmung“ des Geschlechts, jungen Menschen den Geschlechtswechsel weiter zu erleichtern. Nach diesen Entwürfen soll der juristische Geschlechtswechsel zu einem reinen Sprechakt werden. Das biologische Geschlecht, objektive Maßstäbe des biologischen Geschlechts („sex“) und intersubjektive Begutachtungen juristischer, medizinischer oder psychologischer Art sollen für den Geschlechtseintrag jede Bedeutung verlieren. Junge Menschen sollen ab dem 14. Lebensjahr, also noch vor dem Ende der Pubertät und des körperlichen Reifungsprozesses, über den Geschlechtswechsel selbst entscheiden können, und zwar ohne ärztliche Beratung, ohne die bisher übliche Eingewöhnungsphasen und ohne die Zustimmung der Eltern. In ihrem Koalitionsvertrag haben die regierungstragenden Parteien im Bundestag angekündigt, diese Entwürfe in die Praxis umzusetzen.

Die Gefahren dieses Vorhabens für junge Menschen wurden in einer Bundestagsanhörung aus der Expertise der Jugendpsychiatrie heraus eindringlich dargestellt. Demnach birgt die Gleichstellung von Geschlechtsidentität und Geschlecht in den Gesetzentwürfen die „große Gefahr, dass Patienten mit Genderdysphorie eine Auseinandersetzung mit ihrer innerpsychischen Identitätsproblematik erschwert“ würde. Wenn eine solche Auseinandersetzung mit der eigenen Identitätsfindung ausbleibe, weil ein „vorschnelles Drängen auf Korrektur der subjektiv als falsch empfundenen Geschlechtsmerkmale unhinterfragt unterstützt werde, würden immer mehr „Betroffene diesen Weg als einzig lebenswerte Option ansehen“. Gerade Kindern müsste für die Selbstfindung „ein Entwicklungsraum und Zeit gewährt werden“. Auch mit Vollendung des 14. Lebensjahres könnten Kinder nicht die Tragweite einer Entscheidung für eine medizinische Transitionsbehandlung absehen. Aus der therapeutischen Praxis und Studien wisse man, dass sich die Selbstbezeichnung „trans“ bei ihnen „oftmals nachträglich als Fehleinschätzung herausstellt“. Besorgniserregend sei die „wachsende Zahl von Mädchen mit pubertätsüblichen Altersrollenkonflikten oder Körperbildstörungen, denen bereits mit 14, 15 und 16 Jahren Brüste amputiert sowie Gebärmutter und Eierstöcke entfernt werden“. Schon in wenigen Jahren könnte es eine größere Zahl Erwachsener geben, die Medizinern vorwerfen, sie zu leichtfertig behandelt und ihre Körper zerstört zu haben Kinder und (teils auch) Jugendliche könnten die „Bedeutung, Tragweite und Folgen“ irreversibler

„körpermodifizierender Maßnahmen zur äußeren Geschlechtsangleichung“ nicht „hinreichend erfassen“ und seien in dieser Frage „keineswegs autonom einwilligungsfähig“.

Bei „umstandsloser Übertragung“ der Prinzipien wie Autonomie und Selbstbestimmung, die bei Erwachsenen vorrangig seien, drohe „die besondere rechtliche Schutzwürdigkeit von Kindern in den Hintergrund zu treten“. In der Diskussion um die Werbung für Schönheitsoperationen bei Jugendlichen sei argumentiert worden, dass „Kinder und Jugendliche vor spezifischen sozialen und kulturellen Einflüssen geschützt werden müssten, weil sie aufgrund pubertätstypischer Verunsicherungen hinsichtlich ihres Körperbildes in besonderem Maße gefährdet seien, sich in selbstschädigender Weise dem Diktat eines medial verbreiteten Schönheits- und Schlankheitsideals zu unterwerfen“. Hier wurde „Minderjährigen nicht die erforderliche Weitsicht und entsprechende Entscheidungskompetenz zugetraut“. Mit dieser Begründung wurde die Werbung für Schönheitsoperationen an Jugendlichen gesetzlich verboten. Es ist paradox, dass ausgerechnet für medizinische Transitionsbehandlungen das Gegenteil gelten soll, obwohl diese noch folgenreicher sind.

Medizinethische Grundsätze („primum nihil nocere“) sprechen deshalb gegen zu frühzeitige Weichenstellungen, z. B. durch die Gabe von Pubertätsblockern, und mehr noch gegen irreversible (chirurgische) Maßnahmen zur Geschlechtsangleichung. Statt „wechselaffirmativ“ frühzeitige Hormonbehandlungen und chirurgische Eingriffe zu forcieren, fordern Psychiater eine intensive psychotherapeutische Begleitung der Betroffenen. In vielen Fällen zeige sich dann, dass die „Geschlechtsdysphorie“ bzw. Selbsteinschätzung junger Menschen als „trans“ ganz andere Ursachen hat, z. B. die Abwehr homosexueller Neigungen oder von Missbrauchserfahrungen. Es ist unbedingt erforderlich, dass die Forschung zu dieser Problematik intensiviert und stärker gefördert wird. Auch muss über die Risiken der „wechselaffirmativen“ Behandlungsmethoden besser aufgeklärt werden. Dies betrifft die gesundheitliche Aufklärung wie auch die Information zu Lebensweisen, die öffentlich unter dem Titel „Sexuelle Vielfalt“ thematisiert werden.

Diese Aufklärung gebietet die öffentliche Verantwortung für die physische und psychische Gesundheit junger Menschen, die grundlegend für ihre Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten ist. Aufklärung allein reicht allerdings nicht aus, um Schaden von jungen Menschen durch fragwürdige Behandlungsmethoden abzuwenden. Der Gesetzgeber darf nicht länger hinnehmen, dass die früher empfohlene Altersgrenze von 18 Jahren für geschlechtsangleichende Operationen immer häufiger unterschritten wird. Der fachliche Konsens, derartige Eingriffe mit fragwürdiger medizinischer Indikation an Minderjährigen zu unterlassen, wird offensichtlich von einzelnen Medizinern missachtet. Hier ist der Gesetzgeber aufgefordert, gesetzlich nachzubessern und geschlechtsangleichende chirurgische Eingriffe bei Minderjährigen zu verbieten, um den gebotenen Schutz von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen.

> Zu einer Erklärung zur Aussprache von höchstens fünf Minuten wird das Wort erst nach Schluss der Beratung erteilt. Die Rednerin oder der Redner darf nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen sie oder ihn geführt wurden oder eigene Ausführungen berichtigen. Sie oder er darf nicht zur Sache selbst sprechen und keine Anträge mit dieser Erklärung verbinden.

Noch ein Satz zur Gegenrede:

> Zur Gegenrede kann einem Mitglied des Landtags das Wort bis zu fünf Minuten erteilt werden.

– Damit darf ich Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback das Wort zu einer persönlichen Erklärung geben. Bitte, Herr Bausback.

**Prof. Dr. Winfried Bausback** (CSU): Herr Präsident, vielen Dank. – Herr Taşdelen hat hier formuliert, ich bräuchte ihn nicht, um mich in die Nähe von Rechtsradikalen zu rücken. – Möglicherweise, Herr Taşdelen, haben Sie die Tragweite Ihrer Äußerung nicht erfasst und können sich nicht vorstellen, wie ehrabschneidend und beleidigend Ihre Äußerung ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie auf, diese bodenlose Beleidigung zurückzunehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch**: Zur Erklärung hat sich Herr Taşdelen gemeldet. Bitte, Herr Taşdelen.

**Arif Taşdelen** (SPD): Herr Kollege Prof. Dr. Bausback, mit keiner Silbe habe ich Sie persönlich gemeint. Wenn das bei Ihnen so angekommen ist, dann entschuldige ich mich in aller Förmlichkeit.

(Beifall bei der SPD – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch**: Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem wir keine weiteren Wortmeldungen haben, kommen wir zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/25383 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Plenk. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und die AfD; sonst sehe ich niemanden. Enthaltungen bitte. – Sehe ich auch keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/25468 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion; sonst sehe ich niemanden. Gegenstimmen bitte! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, die FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Plenk. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/25385 bis 18/25388 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2022 **Drucksache** 18/**25756**

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/**25386**

**Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen**

## I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Jan Schiffers**
Mitberichterstatter: **Andreas Jäckel**

## II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 8. Dezember 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

   CSU: Ablehnung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   SPD: Ablehnung
   FDP: Ablehnung

   Ablehnung empfohlen.

**Doris Rauscher**
Vorsitzende

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 02.02.2023 **Drucksache** 18/**26304**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 18/**25386**, 18/**25756**

**Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen**

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

**Markus Rinderspacher**
V. Vizepräsident

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

**Präsidentin Ilse Aigner**: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet, und wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 2**:

**Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

**Präsidentin Ilse Aigner**: Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Dann frage ich die fraktionslosen Abgeordneten nach ihrem Abstimmungsverhalten. – Enthaltung der fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Busch und Klingen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

## Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

| | |
|---|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

**Verfassungsstreitigkeit**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 2. Januar 2023 (Vf. 22-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit 1. der Anlage 1 – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 46 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch Art. 130 b des Gesetzes vom 5. August 2022 (GVBl. S. 414) geändert worden ist, 2. der Anlagen 1 und 11 „a. F." – Besoldungsgruppe R 2 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht und Besoldungsgruppe R 3 Vorsitzender Richter, Vorsitzende Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof – zu Art. 104 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) „a. F." vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F)

   PII-G1310.22-0017
   Drs. 18/26165 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
   II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | A | A |

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kunst am Bau I – Inventarisierung des Gesamtbestands und Bericht zur aktuellen Situation im Freistaat
Drs. 18/17682, 18/26032 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kunst am Bau II – Virtuelles Museum Kunst am Bau in Bayern
Drs. 18/17683, 18/26033 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

4. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kunst am Bau III – Sachstand zur Kunst am Bau am Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg
Drs. 18/17684, 18/26082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

5. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Einrichtung eines bayerischen Expertenrats „Politischer Islam“
Drs. 18/24075, 18/26019 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Touristischen Bahnverkehr stärken
Drs. 18/24253, 18/26163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

7. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Schließung des Klinikums Freilassing konsequent verhindern
Drs. 18/24581, 18/26025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

8. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Steigende Suizidproblematik bei Kindern und Jugendlichen entschlossen angehen!
Drs. 18/24595, 18/25753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

9. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Kinderehen in Bayern!
Drs. 18/24596, 18/26149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in der Kirche
Drs. 18/24663, 18/25998 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ulrich Singer, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Nicht nur Isolationspflicht aufheben – Pandemie für beendet erklären!
Drs. 18/24738, 18/26026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

12. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Besondere Bedarfe von Menschen mit Behinderung im Krankenhaus stärker berücksichtigen
Drs. 18/24861, 18/26147 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

13. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Energiekosten-Sofortprogramm für Bayerns Schulen: Faire Finanzierung auch für Privatschulen sicherstellen!
Drs. 18/24868, 18/26166 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

14. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Florian von Brunn u.a. SPD
Klassenfahrten für Schülerinnen und Schüler gezielt bewerben
Drs. 18/24891, 18/26005 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | ENTH | A | A | Z | ENTH |

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Bäderschließungen durch möglichen Energie-Lockdown vermeiden – Schulschwimmunterricht uneingeschränkt gewährleisten!
Drs. 18/24949, 18/26006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

16. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zugang für Senioren zu digitalen Angeboten schaffen
Drs. 18/24989, 18/25754 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Faire Finanzierung für bayerische Privatschulen!
Drs. 18/25005, 18/26167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierungsbedarf staatlicher Kulturbauten
Drs. 18/25034, 18/26021 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beleuchtung von Tunnels und Straßen im Verantwortungsbereich des Freistaates zügig auf LED-Technologie umrüsten
Drs. 18/25036, 18/26034 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | ENTH |

20. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Jochen Kohler u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Machbarkeitsstudie – Realisierung einer Fußgängerüberführung über die B 173 neu zur Verbindung von Krappenroth und Michelau
Drs. 18/25038, 18/26035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

21. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Alex Dorow, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst: Reformbedarf im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Drs. 18/25039, 18/26022 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

22. Antrag der Abgeordneten Annette Karl,
Volkmar Halbleib, Ruth Müller u.a. SPD
Beteiligung des Freistaates an bayerischen Wasserkraftwerken
Drs. 18/25042, 18/26010 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

23. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz,
Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Für ein gesundes Arbeitsklima – ein Mobbing-Report für Bayern
Drs. 18/25057, 18/25755 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | ENTH |

24. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Oskar Atzinger,
Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Schulleitungen an allgemeinbildenden Schulen im
Freistaat Bayern sofort und nachhaltig entlasten
Drs. 18/25067, 18/26007 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

25. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer,
Sebastian Körber u.a. und Fraktion (FDP)
Keine Diskriminierung über den Tod hinaus
Drs. 18/25084, 18/26027 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

26. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Streaming-App der ARD rechtlich überprüfen – 4,99 Euro pro Monat für TV aus der Konserve?
Drs. 18/25090, 18/26023 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz unserer bayerischen Kulturgüter vor sogenannten Klimaaktivisten
Drs. 18/25092, 18/26024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Corona-Amnestie jetzt – Verfahren einstellen und Bußgelder erlassen!
Drs. 18/25143, 18/25999 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bericht über Stand des Biotopverbundes entlang des Grünen Bandes in Bayern
Drs. 18/25242, 18/26003 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

30. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Regionale Lieferketten sichern – Direktvermarktung fördern
Regionale Lebensmittelproduktion sichern
Drs. 18/25245, 18/26150 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Woher stammen Mineralölrückstände in Milchprodukten?
Drs. 18/25259, 18/25940 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | A |

32. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Bayerische Wälder erhalten – Waldbrände bekämpfen
Maßnahmen zur präventiven Bekämpfung von Waldbränden
Drs. 18/25304, 18/26151 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

33. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Technikfolgenabschätzung des Ausbaus der fünften Mobilfunkgeneration (5G) und Studienlage zu möglichen Gefahren für Verbraucher und natürliche Umwelt
Drs. 18/25325, 18/25941 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

34. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Förderung für gefährdete einheimische landwirtschaftliche Nutztierrassen auch weiterhin gewährleisten
Drs. 18/25333, 18/26153 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

35. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Umweltschutz sicherstellen: Keine Windräder im Hessenreuther Wald!
Drs. 18/25339, 18/25943 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

36. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bestmöglicher Schutz des kulturellen Erbes – Bericht über Sicherheitskonzepte an den staatlichen und nichtstaatlichen Museen in Bayern
Drs. 18/25374, 18/26018 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Roland Magerl, Jan Schiffers u.a. und Fraktion (AfD)
Schutz von Kindern und Jugendlichen mit Geschlechtsdysphorie vor geschlechtsangleichenden medizinischen Eingriffen
Drs. 18/25386, 18/25756 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

38. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Alexandra Hiersemann, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Umsetzung und Achtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (Az. BvR 283/99): Keine Abschiebung von Menschen, die unter das zukünftige Chancen-Aufenthaltsrecht fallen!
Drs. 18/25387, 18/26000 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtswidrige Unterbringung in der Einrichtung für Abschiebungshaft Eichstätt beenden
Drs. 18/25388, 18/26001 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | **ohne** |

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung“** zugrunde zu legen.

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teichwirtschaft in Bayern besser unterstützen
Drs. 18/25403, 18/26154 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Zustand der Biodiversität in Bayern
Drs. 18/25405, 18/25944 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuen Fördertatbestand zur Saatguternte in die FORSTZUSR aufnehmen
Drs. 18/25456, 18/26155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tierwohl als Chance - Bericht zu den Auswirkungen der Novelle der Industrieemissionsrichtlinie auf die bayerischen Tierhalter
Drs. 18/25457, 18/26156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

44. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD
Stand der Sicherheitskonzepte- und Einrichtungen der Museen in Bayern
Drs. 18/25498, 18/26020 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |